

Teuerung: Bundesregierung lässt gemeinnützige Organisationen weiter im Ungewissen

Utl.: Heimische Non-Profit-Organisationen drängen auf schnelle und effektive Entlastung - Bündnis für Gemeinnützigkeit fordert Maßnahmen-Paket =

Wien (OTS) - Noch immer fehlt ein klares Bekenntnis der Bundesregierung, alle gemeinnützigen Organisationen im Umgang mit der immensen Teuerung effektiv zu entlasten. Das Bündnis für Gemeinnützigkeit, ein Netzwerk aus über 3000 gemeinnützigen Organisationen, fordert insbesondere einen 'Anti-Teuerungs-Fonds' für Non-Profit-Organisationen (NPO) und warnt vor gravierenden Folgen, sollten konkrete Maßnahmen weiterhin auf sich warten lassen. "Eine Erwähnung gemeinnütziger Organisationen am Rande des Ministerrates zum Energiekostenzuschussgesetz für Unternehmen - das ist alles, was wir bis jetzt von der Regierung gehört haben", kritisiert Franz Neunteufl, Geschäftsführer des Bündnis für Gemeinnützigkeit.

"Gemeinnützige Organisationen sind Arbeitgeber für 250.000 Menschen. Anders als produzierende Unternehmen haben sie im Bereich der Daseinsvorsorge besonders hohe Personalkosten und erreichen deshalb den geforderten Energiekostenanteil von drei Prozent häufig nicht", sagt Neunteufl. Auch ein Zuschuss von 30 Prozent der Mehrkosten für die vergangenen acht Monate reiche nicht, um die Leistungsfähigkeit dieser Organisationen zu sichern. Anders als Wirtschaftsunternehmen können oder dürfen sie höhere Kosten nicht an ihre Leistungsbezieher:innen weitergeben. Auf diese Besonderheiten sollte die Bundesregierung zusätzlich mit einem eigenen 'Anti-Teuerungs-NPO-Fonds' eingehen. "Bereits als Reaktion auf die Coronakrise gab es mit dem NPO-Unterstützungsfonds eine effektive Hilfeleistung, an die man anknüpfen sollte.", fordert Bündnis-Geschäftsführer Franz Neunteufl.

Das vom Bündnis geforderte Maßnahmenpaket umfasst auch die gezielte Förderung von NPO-Investitionen in Energiespar- und Klimaschutz-Maßnahmen. "Damit könnten wir tausende Organisationen sicher und sogar gestärkt durch die Krise bringen. Es ist Aufgabe der Politik, für den langfristigen Erhalt von Kulturbetrieben, Sportstätten, sozialen Dienstleistungen und vielfältigen anderen gemeinnützigen Einrichtungen zu sorgen", sagt Bündnis-Geschäftsführer

Franz Neunteufl. "Diese Organisationen stärken nicht nur den Zusammenhalt im Land, sie sind auch bedeutende Arbeitgeber und leisten wichtige Betreuungs- und Versorgungsaufgaben. Das ist gerade in Zeiten multipler Krisen notwendiger denn je."

~

Rückfragehinweis:

Alexandra Grabher

Kommunikation & Öffentlichkeitsarbeit

+43 677 647 847 87, alexandra.grabher@gemeinnuetzig.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/30274/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0097 2022-10-06/11:41

061141 Okt 22

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20221006_OT0097